

Ludger Wößmann, Vera Freundl, Elisabeth Grewenig, Philipp Lergetporer und Katharina Werner*

Bildungspolitik zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen während und nach Corona – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2021

Die Corona-Pandemie stellt unsere Gesellschaft vor weitreichende Herausforderungen. Um die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, wurde seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 das öffentliche Leben wiederholt heruntergefahren, was mit starken Eingriffen in individuelle Freiheitsrechte und wirtschaftliche Aktivitäten einherging. Das Bildungssystem war besonders stark von derartigen Maßnahmen betroffen. Schulschließungen waren von Anfang an ein zentrales Mittel im Kampf gegen die Verbreitung des Coronavirus. Dies hatte massive Lernzeitverluste zur Folge: Die tägliche Lernzeit der Schüler*innen hat sich in der ersten Phase der Schulschließungen 2020 etwa halbiert, und auch in der zweiten Phase 2021 ist sie nur wenig angestiegen (vgl. Wößmann et al. 2020; 2021). Zudem hat es die Bildungspolitik im Laufe der Pandemie versäumt, flächendeckend effektive Distanzunterrichtskonzepte zu etablieren, um die entstandenen Lernrückstände zu kompensieren. Die Bildungspolitik steht nun nicht nur vor der Herausforderung, passende Konzepte zu erarbeiten, um etwaigen Lernzeitverlusten durch zukünftige Schulschließungen entgegenzuwirken. Es müssen auch effektive Fördermaßnahmen umgesetzt werden, um die entstandenen Lerneinbußen abzumildern.

Die Herausforderungen, denen die Bildungspolitik aufgrund der Corona-Pandemie gegenübersteht, beschränken sich jedoch nicht nur auf die Schulschließungen und die damit verbundenen Lernrückstände. Die Corona-Pandemie hat auch die große Bedeutung verschiedener grundlegender gesellschaftlicher Kompetenzen sowie deutliche Defizite im Demokratieverständnis in einigen Teilen der Bevölkerung aufgezeigt. So legen zum Beispiel die Ergebnisse rund um den Erstürmungversuch des Reichstagsgebäudes während einer Demonstration

* Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Sonderforschungsbereich Transregio 190) für finanzielle Unterstützung, dem Wissenschaftlichen Beirat des ifo Bildungsbarometers – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Dorothea Kübler, Nele McElvany, Natalja Menold, Beatrice Rammstedt und Guido Schwerdt – und den Kolleg*innen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen, Jennifer Meder, Florian Thuro und Olivia Wirth für ausgezeichnete Forschungsassistenz sowie Martina Putz und Sebastian Stahlhofen von Talk Online Panel für die Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

IN KÜRZE

Das ifo Bildungsbarometer 2021 hat unter mehr als 4 000 Erwachsenen erfragt, welche bildungspolitischen Maßnahmen sie zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen befürworten, die in der Corona-Pandemie offengelegt wurden. Im ersten Teil geht es um Maßnahmen zur Abmilderung von Corona-bedingten Lerndefiziten. Große Mehrheiten befürworten verpflichtenden Online-Unterricht bei Schulschließungen (74%) und eine intensivere Betreuung von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen (83%). Insgesamt fällt die Beurteilung der Corona-Schulpolitik recht negativ aus, besonders im Hinblick auf den Umgang mit benachteiligten Schüler*innen. Vor allem für diese Schulkinder sind Förder- und Ferienkurse mehrheitsfähig. 77% der Befragten sind dafür, dass die Schulen auch nach Ende der Pandemie verpflichtend Computer im Unterricht verwenden. Im zweiten Teil gehen wir auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen jenseits der Lernrückstände ein. Überwältigende Mehrheiten (über 75%) sprechen sich für die Vermittlung von demokratischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kompetenzen an weiterführenden Schulen aus. Große Mehrheiten befürworten zudem länderübergreifende Bildungsstandards und regelmäßige Vergleichstests für diese grundlegenden gesellschaftlichen Kompetenzen sowie entsprechende verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte und Weiterbildungsangebote für alle Bürger*innen.

gegen Corona-Maßnahmen im August 2020 deutliche Mängel im Demokratieverständnis einiger Beteiligter offen. Außerdem sind erhebliche Teile der Gesamtbevölkerung mit der Funktionsweise der Demokratie unzufrieden (vgl. Krause et al. 2020; Wehrkamp 2020). Darüber hinaus deutet die Offenheit einiger Teile der Gesellschaft für wissenschaftsfeindliche Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auf teils eingeschränkte wissenschaftliche Kompetenzen hin. Auch scheinen die Deutschen eine generelle Skepsis gegenüber der Forschung zur

Entstehung der Corona-Pandemie zu haben (vgl. Wissenschaft im Dialog 2020). Das Bildungssystem kann hier durch die gezielte Förderung von gesellschaftlichen Kompetenzen im Kindes- und Jugendalter einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken (vgl. Aktionsrat Bildung 2020).

Vor diesem Hintergrund untersuchen wir im vorliegenden Beitrag, welche Maßnahmen die Deutschen zur Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen befürworten. Im ersten Teil gehen wir der Frage nach, welche bildungspolitischen Maßnahmen die Deutschen unterstützen, um die Corona-bedingten Lerndefizite abzumildern und für mögliche zukünftige Schulschließungen gerüstet zu sein. Im zweiten Teil nehmen wir gesamtgesellschaftliche Herausforderungen jenseits der durch Corona entstandenen Lernzeitverluste in den Fokus. Dabei untersuchen wir zunächst, welche Rolle dem Bildungssystem in der Förderung von drei grundlegenden gesellschaftlichen Kompetenzbereichen – demokratischen Kompetenzen, wissenschaftlichen Kompetenzen und wirtschaftlichen

Kompetenzen – laut Meinung der Deutschen zukommen sollte, und gehen dann auf die Mehrheitsfähigkeit konkreter bildungspolitischer Maßnahmen zur Förderung dieser gesellschaftlichen Kompetenzen ein.

DAS IFO BILDUNGSBAROMETER 2021

Das ifo Bildungsbarometer ist eine repräsentative Meinungsumfrage der deutschen erwachsenen Bevölkerung zu bildungspolitischen Themen, die jährlich seit 2014 durchgeführt wird.¹ Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse des achten ifo Bildungsbarometers, für das im Mai und Juni 2021 mehr als 4 000 Personen im Alter zwischen 18 und 69 befragt wurden (siehe Box »Methodik der Befragung« für weitere Details). Das ifo Bildungsbarometer beschäftigt sich mit jährlich wechselnden Themenschwerpunkten, die in diesem Jahr auf bildungspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung von gesellschaftlichen Heraus-

¹ Die Ergebnisse der bisherigen ifo Bildungsbarometer sind unter www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer zu finden.

METHODIK DER BEFRAGUNG

Die Befragung für das ifo Bildungsbarometer 2021 wurde vom 27. Mai bis zum 22. Juni 2021 durch das Befragungsunternehmen Talk Online Panel durchgeführt. Dabei wurden 4 032 Personen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren befragt. Die Stichprobenziehung erfolgte mit Hilfe sogenannter »Online-Access-Panels«. In einer früheren Welle des ifo Bildungsbarometers wurde gezeigt, dass Online-Befragungen ein repräsentatives Meinungsbild der deutschen Gesamtbevölkerung zu bildungspolitischen Themen abbilden können (vgl. Grewenig et al. 2018). Um sicherzustellen, dass die deutsche Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren repräsentativ abgebildet wird, wurde die Stichprobe nach Quoten gezogen und anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss und Erwerbsstatus gewichtet.

Mit welcher Sicherheit man von den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung schließen kann, kann anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angegeben werden. Bei dem vergleichsweise großen Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie liegt der Fehlerbereich für Fragen, die an rund 1 000 Teilnehmer*innen gestellt wurden, nur zwischen 1,8 und 3,1 Prozentpunkten. Das bedeutet zum Beispiel bei einem Zustimmungswert von 50% der Befragten, dass der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 46,9% und 53,1% liegt.

Eine methodische Besonderheit der Befragung besteht darin, dass die Teilnehmer*innen bei einigen

Fragen per Zufall in unterschiedliche Teilgruppen aufgeteilt wurden. Diese Teilgruppen erhielten die Frage jeweils in einer anderen Version, z.B. mit oder ohne Bereitstellung bestimmter Informationen. Dieses Vorgehen erlaubt es, den Effekt von Informationen auf das Antwortverhalten zu messen. Teilnehmer*innen, die zu einzelnen Fragen keine Angabe machen, werden bei der Auswertung ausgeschlossen. Der Anteil der Personen ohne Angabe liegt bei den Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers 2021 bis auf eine Frage unter 1% und ist somit sehr gering.

Um eine übersichtliche Darstellung der Ergebnisse zu gewährleisten, sind in den Abbildungen bei Zustimmungsfragen die Antwortkategorien in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen« aufgeführt. In der Befragung wurde die neutrale Kategorie »weder dafür noch dagegen« hingegen als letzte Antwortmöglichkeit in der Liste genannt, um einer möglichen Tendenz der Teilnehmer*innen zur mittleren Kategorie entgegenzuwirken (vgl. Wößmann et al. 2016 für eine Analyse der Effekte der Positionierung der neutralen Kategorie auf das Antwortverhalten).

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte angegeben, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Die Summe der berichteten Prozentanteile kann aufgrund der Rundungen von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

forderungen, die durch die Coronakrise verschärft wurden, liegen.

Das ifo Bildungsbarometer ist Teil eines Forschungsprogramms zur politischen Ökonomie der Bildungspolitik, das untersucht, inwieweit öffentliche Meinungen im Einklang mit politischem Handeln im Bildungsbereich stehen und welche bildungspolitischen Maßnahmen mehrheitsfähig sind. Die normative Frage, wie Bildungspolitik aus wissenschaftlicher Sicht gestaltet werden sollte, um die Bildungsleistung von Schüler*innen zu verbessern, wird dabei bewusst ausgeklammert.

Um die Faktoren, die die öffentliche Meinung zu Bildungsthemen beeinflussen, zu untersuchen, werden bei einigen Fragen sogenannte »Survey-Experimente« durchgeführt. Zum Beispiel werden einer zufällig ausgewählten Teilgruppe der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt, bevor sie dieselbe Frage beantwortet wie die Gruppe, die diese Informationen nicht erhalten hat. Durch die zufällige Aufteilung der Befragten kann herausgefunden werden, inwieweit die Informationen das Meinungsbild der Bevölkerung zur jeweiligen Frage beeinflussen. Die so gewonnenen Erkenntnisse geben Aufschluss darüber, wie sich etwa Informationsbereitstellung auf die politische Umsetzbarkeit von Bildungsmaßnahmen auswirkt.

BILDUNGSPOLITISCHE MASSNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER CORONA-BILDUNGSKRISE

Bereits seit etwa eineinhalb Jahren bestimmt die Corona-Pandemie die deutsche Bildungspolitik. Diese Zeit war geprägt von wiederholten, mehrmonatigen Schulschließungen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. In vorhergehenden Studien haben wir gezeigt, wie sich die Lernzeit der Schüler*innen durch die Schließungen der Bildungseinrichtungen verringert hat. So haben die Schulschließungen im Frühjahr 2020 die tägliche Lernzeit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland um etwa die Hälfte reduziert (Grewenig et al. 2020), und auch während der Schulschließungen Anfang 2021 blieb die tägliche Lernzeit noch drei Stunden unter der ansonsten üblichen Lernzeit (Wößmann et al. 2021). Leistungsschwächere Schüler*innen waren von den Einschränkungen besonders stark betroffen. Trotz langer Vorlaufzeit und eindringlicher Appelle von Eltern und Wissenschaft ist es der deutschen Bildungspolitik auch nach über einem Jahr Pandemie nicht gelungen, flächendeckende und verbindliche Distanzlernkonzepte sowie Test- und Prüfungsverfahren für alle Kinder und Jugendlichen einzuführen.

Im Juni 2020 haben wir die Bevölkerung ein erstes Mal nach ihrer Meinung zu verschiedenen bildungspolitischen Maßnahmen in der Coronakrise befragt (vgl. Wößmann et al. 2020a). Um zu erfahren, ob sich das Meinungsbild zu diesen Maßnahmen während des Pandemiejahres verändert hat und welche weiteren bildungspolitischen Reformen befürwortet wer-

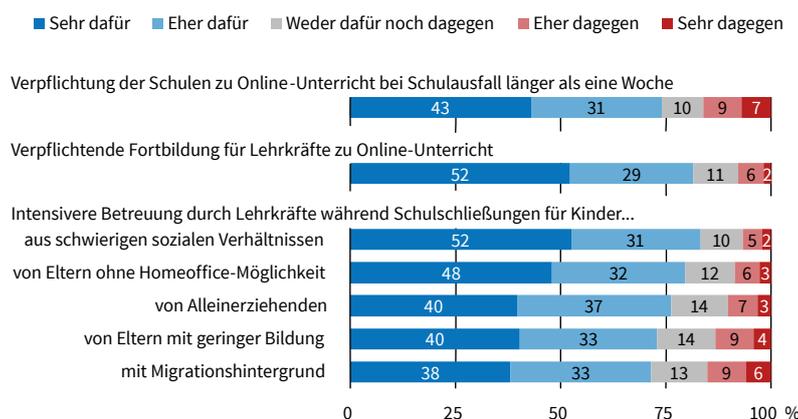
den, haben wir im ifo Bildungsbarometer 2021 erneut ein breites Meinungsbild zur Corona-Bildungspolitik erhoben.

Wie sollte Bildungspolitik während Corona gestaltet werden?

Eine deutliche Mehrheit von 74% der Deutschen spricht sich sehr oder eher dafür aus, Schulen zu Online-Unterricht zu verpflichten, wenn der Unterricht aufgrund des Pandemiegeschehens länger als eine Woche ausfällt. Nur 16% sind dagegen (vgl. Abb. 1). Bereits im Vorjahr war die Zustimmung zu diesem Vorschlag mit 79% sehr hoch. Noch deutlichere Unterstützung ergibt sich dafür, Lehrkräfte zu Fortbildungen zum Online-Unterricht zu verpflichten (81% dafür, 8% dagegen). Wie auch schon in der letztjährigen Befragung sieht ein Großteil der Deutschen großen Bedarf an derartigen Weiterbildungsmaßnahmen (2020: 87% dafür). In der deutschen Bevölkerung gibt es also ein klares Problembewusstsein für die Tatsache, dass Online-Unterricht während der Schulschließungen nur relativ selten stattgefunden hat (vgl. Wößmann et al. 2020; 2021).

Zahlreiche Studien legen nahe, dass die Corona-bedingten Schulschließungen die Bildungsungleichheit zwischen verschiedenen Schülergruppen deutlich verschärft haben (z.B. Grewenig et al. 2020; Engzell et al. 2021). Daher haben wir erfragt, ob Lehrkräfte während der Schulschließungen nach Meinung der Deutschen bestimmte Gruppen von Schülern intensiver betreuen sollten. Deutliche Mehrheiten der Befragten sind dafür, dass Lehrkräfte Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen (83%), Kinder mit Eltern ohne

Abb. 1
Welche Maßnahmen befürworten die Deutschen bei Schulschließungen?
Deutliche Zustimmung zu verpflichtendem Online-Unterricht, verpflichtenden Fortbildungen für Lehrkräfte und intensiverer Betreuung für benachteiligte Gruppen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Schulen verpflichtend auf Online-Unterricht umstellen, wenn durch eine Corona-bedingte Schulschließung der Unterricht länger als eine Woche ausfällt?
Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Lehrer*innen verpflichtet werden, sich zum Thema Online-Unterricht fortzubilden?
Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrer*innen während Schulschließungen Kinder aus folgenden Gruppen intensiver betreuen (z.B. durch häufigere Kontaktaufnahme)?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

Möglichkeit zur Arbeit im Homeoffice (80%), Kinder von Alleinerziehenden (76%), Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss (73%) und Kinder mit Migrationshintergrund (71%) während der Schulschließungen intensiver betreuen. Die Zustimmung zur gezielten Unterstützung dieser Schülergruppen ist damit ähnlich hoch wie im Vorjahr, wobei sich die Zustimmung zu intensiverer Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund im Jahresvergleich nochmal erhöht hat (2020: 66% dafür).

Aufgrund der föderalen Struktur des deutschen Bildungssystems kann jedes Bundesland über die eigene Bildungspolitik selbständig entscheiden – auch während der Corona-Pandemie. Zwei Drittel der Deutschen (66%) wünschen sich entgegen dieser Regelung bundesweit einheitliche bildungspolitische Entscheidungen während der Coronakrise, nur 20% sind gegen diesen Vorschlag (vgl. Abb. 2). Im Vorjahr war

die Zustimmung mit 71% sogar noch etwas höher. Auch der Vorschlag, dass Start und Ende von Corona-bedingten Schulschließungen bundesweit einheitlich beschlossen werden, trifft ähnlich wie im Jahr 2020 auf mehrheitliche Zustimmung (63% dafür, 24% dagegen; 2020: 64% dafür, 28% dagegen).

Bei der Frage, ob alle Schüler*innen im Pandemiejahr leistungsunabhängig in die nächste Klassenstufe versetzt werden sollten, ist die Meinung der Deutschen gespalten: 45% sind dafür, 40% sind dagegen (2020: 49% dafür, 39% dagegen). Eine knappe Mehrheit von 54% befürwortet sehr oder eher, dass leistungsschwächere Schulkinder bei längeren Schulschließungen die Klasse wiederholen sollten, ein Viertel (25%) sieht dies jedoch nicht so. Der letztere Anteil ist im Vergleich zu 2020 leicht gesunken: Damals sprachen sich 30% (sehr oder eher) gegen eine Klassenwiederholung Leistungsschwächerer aus.

Noch klarer ist die Meinung der Deutschen zum Abhalten von Abschlussprüfungen während der Coronakrise: Große Mehrheiten unterstützen die Durchführung von Prüfungen zum Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und zum Abitur (67%, 68% und 67% dafür). Nur ein knappes Fünftel ist jeweils dagegen. Diese Zustimmungswerte sind sehr ähnlich zum Vorjahr (2020: 70–71% dafür). Gespalten ist das Meinungsbild in Bezug auf die Frage, ob aufgrund der Coronakrise leichtere Abiturprüfungen gestellt werden sollten. 46% sind dafür, die Prüfungsstandards im Abitur abzusenken, 38% sind dagegen. Im Vorjahr sprach sich noch eine Mehrheit (53%) gegen leichtere Abiturprüfungen aus. Insgesamt stimmt die deutsche Bevölkerung im Einklang mit den Ergebnissen früherer Jahre auch in der Coronakrise für eine einheitliche und leistungsorientierte Bildungspolitik (vgl. Wößmann et al. 2014; 2020b).

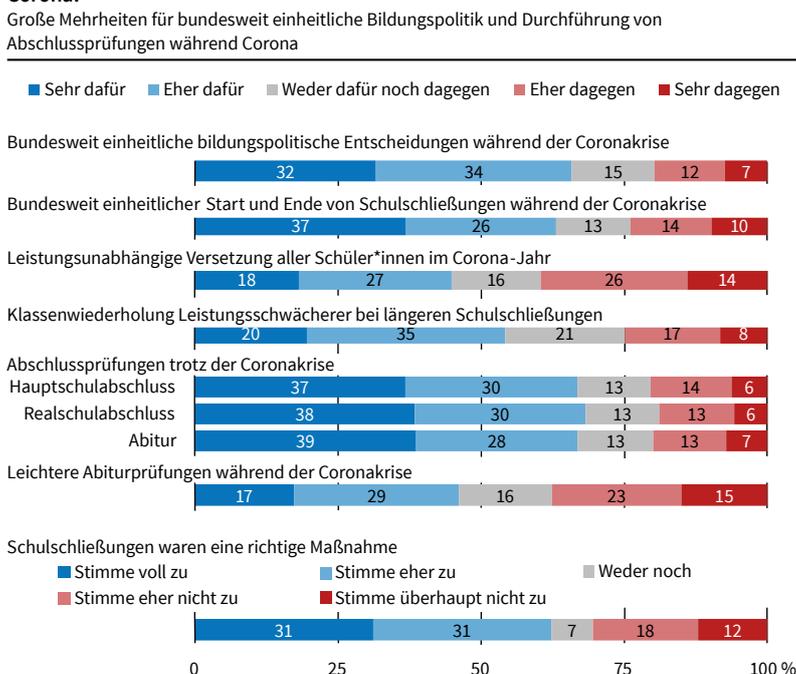
Die Schulschließungen selbst als Maßnahme zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden im Vergleich zum Vorjahr kritischer gesehen: Während 2020 noch 79% der Befragten angaben, dass sie die Schulschließungen für eine richtige Maßnahme halten, sind es in der diesjährigen Befragung nur noch 62%.

Wie bewerten die Deutschen die Corona-Bildungspolitik?

Das allgemeine Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zur Corona-Schulpolitik ist gespalten und tendenziell negativ. 41% der Befragten benoten die Politik in Bezug auf die Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Schüler*innen mit Note 4 oder schlechter, 25% bewerten sie mit Note 1 oder 2 (vgl. Abb. 3). Noch negativer fällt die Benotung für den Umgang mit Schüler*innen aus schwierigen sozialen Verhältnissen aus: 52% vergeben eine Note zwischen 4 und 6, nur 22% vergeben Note 1 oder 2.

Die Tendenz, dass der Umgang mit benachteiligten Gruppen schlechter bewertet wird, ist ebenso in Bezug auf die Berücksichtigung der Bedürfnisse von

Abb. 2 Welche bildungspolitischen Maßnahmen wünschen sich die Deutschen während Corona?



- Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Laut Grundgesetz ist Bildung in Deutschland Ländersache, die wichtigen bildungspolitischen Entscheidungen werden also von den Landesregierungen getroffen. Sind Sie dafür oder dagegen, dass bildungspolitische Entscheidungen während der Coronakrise stattdessen grundsätzlich bundesweit einheitlich von der Bundesregierung getroffen werden?
- Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Sind Sie dafür oder dagegen, dass Start und Ende von Schulschließungen während der Coronakrise bundesweit einheitlich beschlossen werden?
- Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Sind Sie dafür oder dagegen, dass im Corona-Schuljahr jede*r Schüler*in unabhängig von seinen/ihren Leistungen ins nächste Schuljahr versetzt wird?
- Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Sind Sie dafür oder dagegen, dass bei längeren Schulschließungen leistungsschwache Schüler*innen das Schuljahr wiederholen?
- Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Sind Sie dafür oder dagegen, dass trotz Corona-bedingter Schulschließungen die folgenden Abschlussprüfungen stattfinden?
- Frage 6 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Sind Sie dafür oder dagegen, dass in diesem Jahr aufgrund der Coronakrise leichtere Abiturprüfungen gestellt werden als in den vergangenen Jahren?
- Frage 7 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu? Die Schulschließungen waren eine richtige Maßnahme.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

Eltern zu erkennen: Während 38% den Umgang mit den Eltern insgesamt mit Note 4, 5 oder 6 bewerten, ist dieser Anteil in Bezug auf den Umgang mit Eltern aus schwierigen sozialen Verhältnissen mit 50% deutlich höher. 27% bzw. 23% vergeben die Note 1 oder 2 für den Umgang mit diesen Gruppen von Eltern.

Ein ähnliches Muster, wenn auch in abgeschwächter Form, findet sich auch bei der Bewertung des Umgangs mit Lehrkräften. Über ein Drittel der Befragten (34%) bewertet den Umgang der Politik mit allen Lehrer*innen mit Note 4 bis 6. Die Beurteilung der Politik in Bezug auf den Umgang mit Lehrkräften, die viele Schüler*innen aus schwierigen sozialen Verhältnissen unterrichten, fällt nochmal schlechter aus: 39% bewerten ihn mit Note 4, 5 oder 6.

Insgesamt überwiegen also schlechte Bewertungen der Corona-Bildungspolitik, vor allem im Umgang mit Schüler*innen und Eltern aus schwierigen sozialen Verhältnissen sowie den Lehrkräften dieser Schüler*innen. Diese Bewertung deckt sich mit der oft geäußerten Befürchtung, dass die Bildungsungleichheit aufgrund der Coronakrise zunimmt.

Im Vergleich zum Vorjahr ist zudem eine stärkere Polarisierung in der Bewertung der Bildungspolitik zu beobachten: Der Anteil von sehr schlechten und sehr guten Bewertungen der Bildungspolitik hat sich im Jahresvergleich deutlich vergrößert, während sich der Anteil von Befragten, die der Politik die Note 3 gibt, verringert hat. Diese zunehmende Polarisierung der Bewertung der Bildungspolitik ist im Einklang damit, dass die Streuung darin, wie gut verschiedene Kinder und Jugendlichen mit dem Homeschooling klarkommen, sehr groß ist (vgl. Wößmann et al. 2021).

Wie sollten Corona-bedingte Lernrückstände aufgefangen werden?

Die Lernzeit von Schüler*innen in Deutschland hat sich während der Corona-bedingten Schulschließungen beträchtlich verringert. Besonders leistungsschwächere Schüler*innen verzeichneten große Lerneinbußen (Grewenig et al. 2020). In Anbetracht dieser Erkenntnisse stellt sich die Frage, wie Corona-bedingte Lernauffälle kompensiert werden können. Gut drei Viertel (76%) der Deutschen begrüßen die Initiative des Bundesbildungsministeriums, 1 Mrd. Euro für Nachhilfeprogramme bereitzustellen, um Corona-bedingte Lernrückstände auszugleichen (vgl. Abb. 4).

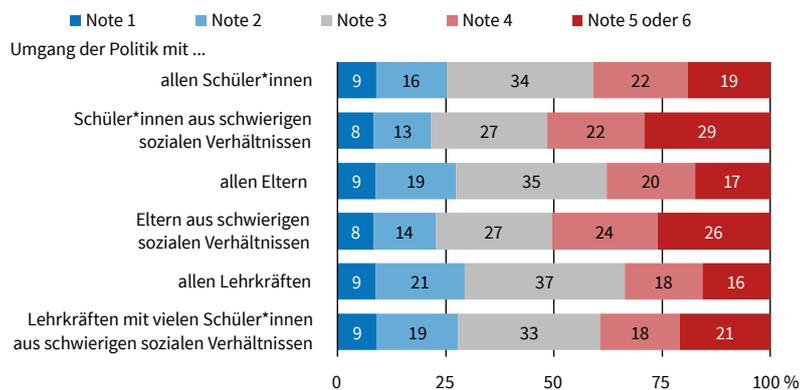
Für verpflichtenden Förderunterricht für alle Schulkinder, der beispielsweise am Nachmittag stattfindet, spricht sich eine knappe Mehrheit von 53% aus, während ein knappes Drittel (32%) dagegen ist. Die Zustimmung vergrößert sich nochmal deutlich, wenn nur leistungsschwächere Schüler*innen oder Schulkinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen zu zusätzlichem Förderunterricht verpflichtet werden (68% bzw. 66% dafür).

Die Meinung der Befragten zu verpflichtenden Ferienkursen, die etwa in den Sommer- oder Herbstfe-

Abb. 3

Wie benoten die Deutschen die Schulpolitik während Corona?

Bewertung insgesamt gespalten, für Umgang mit benachteiligten Familien eher negativ



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Die Corona-bedingten Schulschließungen können die unterschiedlichsten Auswirkungen auf Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte haben. Welche Schulnote würden Sie der Politik dafür geben, wie gut sie auf die Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen in dieser Zeit eingetht bzw. eingegangen ist?

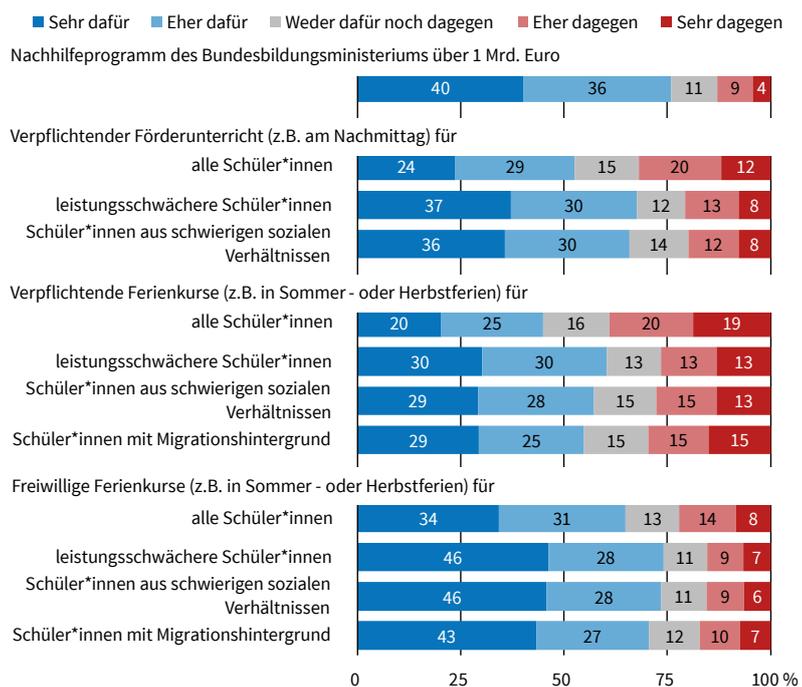
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

Abb. 4

Welche Maßnahmen zum Nachholen Corona-bedingter Lernrückstände befürworten die Deutschen?

Breite Unterstützung für staatlich finanziertes Nachhilfeprogramm und freiwillige Ferienkurse, verpflichtender Förder- und Ferienunterricht gerade für benachteiligte Gruppen mehrheitsfähig



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Die Bundesbildungsministerin plant, zusätzlich eine Milliarde Euro in ein Nachhilfeprogramm zu investieren, um Corona-bedingte Lernrückstände auszugleichen. Das Programm richtet sich vor allem an Schüler*innen, bei denen ein Wechsel auf eine weiterführende Schule oder in eine Ausbildung bevorsteht. Sind Sie für oder gegen diesen Vorschlag?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass folgende Gruppen von Schüler*innen zu zusätzlichem Förderunterricht (z.B. am Nachmittag) verpflichtet werden, um den durch Corona versäumten Unterrichtsstoff nachzuholen?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass folgende Gruppen von Schüler*innen verpflichtet werden, an Ferienkursen teilzunehmen, um den durch Corona versäumten Unterrichtsstoff in den Schulferien (z.B. Sommer- oder Herbstferien) nachzuholen? Bitte denken Sie daran, dass die dafür anfallenden Kosten oft durch Steuergelder finanziert werden müssen.

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass folgenden Gruppen von Schüler*innen freiwillige Ferienkurse angeboten werden, um den durch Corona versäumten Unterrichtsstoff in den Schulferien (z.B. Sommer- oder Herbstferien) nachzuholen? Bitte denken Sie daran, dass die dafür anfallenden Kosten oft durch Steuergelder finanziert werden müssen.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

rien angeboten werden, ist gespalten: 45% sind dafür, 39% sind dagegen, 16% sind weder dafür noch dagegen. Dieses gespalten Bild verwandelt sich jedoch in mehrheitliche Zustimmung, wenn die Ferienkurse nur für leistungsschwächere Schulkinder, Schüler*innen aus sozial schwierigen Verhältnissen und Schüler*innen mit Migrationshintergrund verpflichtend werden (60%, 57% bzw. 55% dafür; 27–30% dagegen). Zwei zufällig ausgewählte Teilgruppen der Befragten wurden vor der Beantwortung dieser Frage darüber informiert, dass (i) Unterrichtsausfälle das spätere Erwerbseinkommen der betroffenen Schüler*innen verringern können bzw. (ii) sich die tägliche Lernzeit während der Schulschließungen in etwa halbiert hat. Diese zusätzlichen Informationen haben keinen nennenswerten Einfluss auf die Zustimmung zu verpflichtenden Ferienkursen, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass die Befragten diese Information bei der Beantwortung bereits berücksichtigen.

Die Zustimmung zu Ferienkursen erhöht sich nochmal deutlich, wenn diese freiwillig angeboten werden: Freiwillige Ferienkurse für alle Schüler*innen werden von 65% der Befragten befürwortet. Für leistungsschwächere Schüler*innen, Schulkinder mit aus sozial schwierigen Verhältnissen und Schüler*innen mit Migrationshintergrund ist die Zustimmung mit 74%, 74% bzw. 71% deutlich höher. 43–46% sind sogar »sehr dafür«.

Das Ergebnis, dass verpflichtender Förderunterricht und Ferienkurse vor allem für benachteiligte Schüler*innen befürwortet werden, zeigt deutlich, dass den Deutschen zielgerichtete Initiativen zur Verringerung von Corona-bedingter Bildungsungleichheit wichtig sind. Freiwillige Ferienkurse werden besonders befürwortet. Allerdings zeigt die Bildungsforschung, dass freiwillige Bildungsprogramme vor allem von so-

zial besser gestellten Gruppen in Anspruch genommen werden (z.B. Heckman und Landersø 2021), weshalb derartige Förderangebote ihr gleichheitsförderndes Potenzial oft nicht voll entfalten. Tatsächlich haben wir in unserer Elternbefragung gefunden, dass bisher nur 2% der Nicht-Akademikerkinder an Ferienkursen teilgenommen haben, während es unter Akademikerkindern immerhin 11% waren (Wößmann et al. 2021). Dies unterstreicht die Wichtigkeit von verpflichtenden Förderprogrammen, auch wenn freiwillige Programme in der Bevölkerung etwas beliebter sind.

Sollten die Schulen digitale Lernformate dauerhaft integrieren?

Die Corona-Pandemie erforderte von den Schulen die Einführung neuer digitaler Distanzunterrichtskonzepte, um den Schulbetrieb während der Schulschließungen aufrechtzuerhalten. Mit Blick auf die Zeit nach Corona stellt sich die Frage, ob dieser Corona-bedingte Digitalisierungsschub genutzt werden sollte, um digitale Lernformate dauerhaft in den Schulalltag zu integrieren.

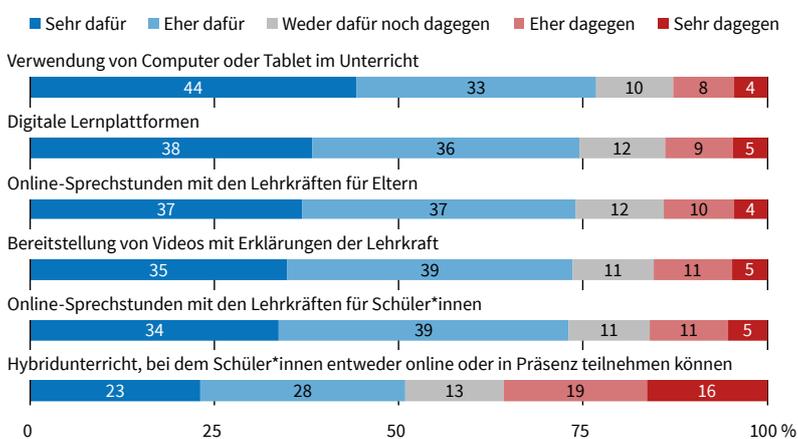
Insgesamt stehen die Deutschen der verpflichtenden Integration von digitalen Formaten in der Schule sehr positiv gegenüber. Die höchste Zustimmung (77%) erfährt der Vorschlag, weiterhin Computer und Tablets im Unterricht zu verwenden (vgl. Abb. 5). Ähnlich groß ist die Zustimmung zur Verwendung von digitalen Lernplattformen, zu Online-Sprechstunden zwischen Lehrkräften und Eltern und zur Bereitstellung von Videomaterial mit Erklärungen durch die Lehrkräfte (jeweils 74%). Auch Online-Sprechstunden zwischen Lehrkräften und Schüler*innen werden von 73% der Befragten befürwortet. Nur kleine Minderheiten der Befragten von 13–16% sprechen sich sehr oder eher gegen die Verwendung dieser Formate aus.

Gespalten ist die Meinung einzig beim verpflichtenden Angebot von Hybridunterricht, an dem Schulkinder entweder online oder in Präsenz teilnehmen können. Zwar spricht sich eine knappe Mehrheit von 51% dafür aus, gleichzeitig ist jedoch auch über ein Drittel (37%) der Bevölkerung dagegen. Insgesamt begreift also eine deutliche Mehrheit der Deutschen die Coronakrise als Chance, die Schulen in Deutschland dauerhaft digitaler zu machen.

GESELLSCHAFTLICHE KOMPETENZEN

Die Corona-Pandemie stellt das Bildungssystem nicht nur aufgrund von Schulschließungen und den damit einhergehenden Lerneinbußen vor große Herausforderungen. Sie hat auch die große Bedeutung von grundlegenden gesellschaftlichen Kompetenzen wie etwa demokratischen und wissenschaftlichen Kompetenzen in der Bevölkerung unterstrichen – und in einigen Teilen der Bevölkerung ernsthafte Defizite aufgezeigt. So wurden bei Demonstrationen gegen die Corona-Politik laut Verfassungsschutz nicht nur demokratische Ent-

Abb. 5 Welche digitalen Formate sollten die Schulen auch nach Corona anbieten? Deutliche Mehrheiten für Verwendung von Computern im Unterricht und Online-Formate, gespalten Meinung zu Hybridunterricht



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulen verpflichtet werden, auch nach Ende der Pandemie folgende digitale Formate anzubieten?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

scheidungsprozesse und Institutionen »in sicherheitsgefährdender Art und Weise« delegitimiert, sondern auch Verbindungen zu demokratiefeindlichen Gruppierungen wie Rechtsextremist*innen gesucht (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2021). Demokratieskeptische Tendenzen sind nicht nur bei Demonstrationen festzustellen, sondern spiegeln sich auch in der Demokratieunzufriedenheit von erheblichen Teilen der Gesamtbevölkerung wider.²

Obwohl wissenschaftliche Erkenntnisse für die Bekämpfung der Corona-Pandemie unerlässlich sind, ist das Vertrauen der Deutschen in – und das Verständnis von – Wissenschaft in Bezug auf die Coronakrise relativ gering. Dies zeigt sich nicht nur anhand der Verbreitung von Verschwörungserzählungen, zum Beispiel über die Covid-19-Schutzimpfung. Auch das repräsentative Wissenschaftsbarometer 2020 zeigt, dass die Deutschen gegenüber Forschung zur Corona-Pandemie besonders skeptisch sind (vgl. Wissenschaft im Dialog 2020).³

Das Bildungssystem kann den Umgang mit solchen gesellschaftlichen Entwicklungen wesentlich prägen und Fehlentwicklungen abmildern (vgl. Aktionsrat Bildung 2020). Durch die Vermittlung entsprechender Kompetenzen kann das Bildungssystem einen Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft leisten, da entsprechende Kompetenzen schon in jungen Jahren erlernt und im weiteren Bildungsverlauf gefestigt werden können. So können beispielsweise in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen Programme zur Extremismusprävention eingeführt werden, um Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken, wissenschaftliche Kompetenzen gefördert werden, um die Einordnung von Forschungsergebnissen zu erleichtern, oder wirtschaftliche Zusammenhänge vermittelt werden, damit sich Jugendliche in der komplexen Wirtschaftswelt zurechtfinden und rationale Entscheidungen treffen.

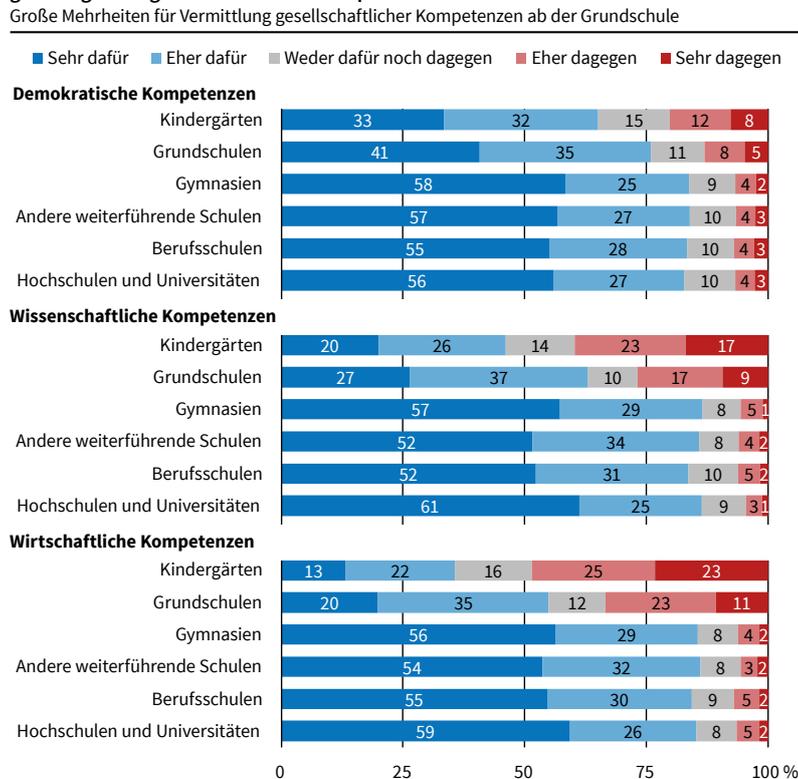
Aus diesem Grund hat das diesjährige ifo Bildungsbarometer einen Schwerpunkt auf die Frage gelegt, inwieweit grundlegende gesellschaftliche Kompetenzen laut der Meinung der Deutschen im Bildungssystem vermittelt werden sollten. Dabei fokussieren wir uns auf drei Bereiche gesellschaftlicher Kompetenzen, die vor allem während der Coronakrise an Bedeutung gewonnen haben: demokratische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kompetenzen. Wir

definieren die drei gesellschaftlichen Kompetenzbereiche wie folgt. Bei demokratischen Kompetenzen wurden die Befragten gebeten, zum einen an demokratische Einstellungen wie die Akzeptanz von demokratischen Entscheidungen oder die Toleranz gegenüber anderen Meinungen und zum anderen an Wissen über demokratische Institutionen, Prozesse und Grundprinzipien der Demokratie zu denken. Wissenschaftliche Kompetenzen definieren wir als die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse zu informieren und diese einordnen zu können. Wirtschaftliche Kompetenzen definieren wir als Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und Verständnis von wirtschaftlichem Handeln.

Sollten gesellschaftliche Kompetenzen im Bildungssystem vermittelt werden?

Weder Art noch Umfang der Vermittlung der drei gesellschaftlichen Kompetenzbereiche im Bildungssystem sind in Deutschland einheitlich geregelt. Zwar legen bundesländerspezifische Rahmenlehrpläne bildungspolitische Ziele für die Entwicklung bestimmter gesellschaftlicher Kompetenzen fest, empirische Befunde weisen jedoch auch darauf hin, dass die unter-

Abb. 6 In welchen Bildungseinrichtungen befürworten die Deutschen die Vermittlung grundlegender gesellschaftlicher Kompetenzen?



Fragen (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie dafür oder dagegen, dass in den folgenden Bildungseinrichtungen demokratische Kompetenzen (z.B. Akzeptanz von demokratischen Entscheidungen, Toleranz gegenüber anderen Meinungen oder Wissen über demokratische Institutionen und Grundprinzipien) [wissenschaftliche Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) / wirtschaftliche Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln)] vermittelt werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

² Krause et al. (2020) finden in einer repräsentativen Umfrage, dass 38% der Befragten damit unzufrieden sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Laut Wehrkamp (2020) stimmen 14% der Deutschen der Aussage »Die Demokratie ist – alles in allem – das beste politische System« nicht zu.

³ Das Wissenschaftsbarometer 2020 zeigt zum Beispiel, dass rund 40% der Deutschen denken, dass Wissenschaftler*innen uns nicht alles sagen, was sie über das Coronavirus wissen. 29% denken, dass die Corona-Pandemie zu einer größeren Sache gemacht wird, als sie ist, und 15% sind sogar der Meinung, dass es keine eindeutigen Beweise für die Existenz des Coronavirus gibt. Anhand von historischen Daten zeigen Eichengreen et al. (2021), dass Personen, die in besonders beeinflussbaren Entwicklungsphasen ihres Lebens einer Epidemie ausgesetzt waren, Wissenschaftler*innen weniger Vertrauen entgegenbringen. Dies gilt besonders für Personen mit geringer wissenschaftlicher Vorbildung.

schiedlichen Themenkomplexe teilweise nur vereinzelt behandelt werden. Beispielsweise geben im Rahmen der internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) 2016 nur 11% der befragten Grundschulleitungen in Deutschland an, dass »Demokratie, eine Welt« ein Schwerpunkt ihres Schulprofils ist, und nur 8% sagen, dass »Forschung« ein Schwerpunktthema ist (vgl. Aktionsrat Bildung 2020).

Vor diesem Hintergrund haben wir zunächst ganz allgemein erfragt, ob demokratische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kompetenzen in verschiedenen Bildungseinrichtungen vermittelt werden sollten. Große Mehrheiten von 64–84% sprechen sich sehr oder eher für die Vermittlung von demokratischen Kompetenzen (z.B. die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, Toleranz gegenüber anderen Meinungen oder Wissen über demokratische Institutionen) in Kindergärten, Grundschulen, Gymnasien, anderen weiterführenden Schulen, Berufsschulen und Hochschulen aus (vgl. Abb. 6).

Auch die Vermittlung von wissenschaftlichen Kompetenzen (z.B. die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) wird ab der Grundschule mehrheitlich befürwortet. Während die Meinung zur Vermittlung dieser Kompetenzen in Kindergärten noch relativ gespalten ist (46% dafür, 40% dagegen), ist eine eindeutige Mehrheit von 63% für die Vermittlung wissenschaftlicher Kompetenzen an Grundschulen und

sogar 84–87% an Gymnasien, anderen weiterführenden Schulen, Berufsschulen sowie Hochschulen und Universitäten.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für wirtschaftliche Kompetenzen (z.B. Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln). Während nur eine Minderheit von 36% sehr oder eher für die Vermittlung dieser Kompetenzen in Kindergärten ist, sind es an Grundschulen bereits 55% und 84–86% an den weiterführenden Bildungseinrichtungen.⁴

Zur Einordnung des Themas ist es auch von Interesse, welchen Stellenwert die Deutschen gesellschaftlichen Kompetenzen im Vergleich zu den Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen einräumen. Dazu haben wir erfragt, wie wichtig es nach Meinung der Deutschen für die Zukunft der Gesellschaft ist, dass den Schüler*innen verschiedene Kompetenzen vermittelt werden. Alle abgefragten Kompetenzen werden jeweils von einer überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung als »sehr« oder »eher« wichtig eingeschätzt (vgl. Abb. 7). Die drei gesellschaftlichen Kompetenzbereiche werden von jeweils mindestens 84% der Bevölkerung als (sehr oder eher) wichtig eingeschätzt. Am wichtigsten sind den Deutschen Lese- und Schreibkompetenzen: 77% halten diese sogar für »sehr« wichtig. Mathematische Kompetenzen sowie Digital- und Medienkompetenzen finden 50% bzw. 52% der Befragten sehr wichtig. Fast die Hälfte (48%) hält demokratische Kompetenzen für sehr wichtig, bei wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kompetenzen sind es immerhin 37% bzw. 38%. Während den Deutschen also die Vermittlung von Kernkompetenzen am wichtigsten ist, wird auch den gesellschaftlichen Kompetenzen ein hoher Stellenwert beigemessen.

Im Einklang damit messen die Deutschen wissenschaftlichen Kompetenzen auch eine hohe Praxisrelevanz zu. So stimmen 81% der Befragten der Aussage sehr oder eher zu, dass wissenschaftliche Kompetenzen dabei helfen, im Alltag gute Entscheidungen zu treffen, und 72% denken, dass sie besonders in der Corona-Pandemie helfen, gute Entscheidungen zu treffen.

Wie sollten Schulen gesellschaftliche Kompetenzen vermitteln?

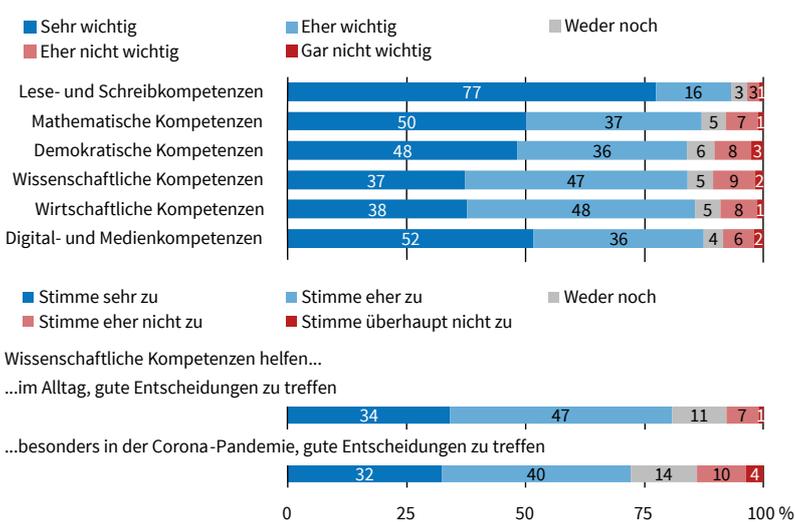
Wie die Vermittlung gesellschaftlicher Kompetenzen in Schulen konkret erfolgt, unterscheidet sich nach Bundesland, Schulart und der betrachteten Kompetenz. In den meisten Bundesländern wurde seit einem Beschluss der Kultusministerkonferenz im Jahr 1950

⁴ Um zu vermeiden, dass die Teilnehmenden bei der Beantwortung der Fragen gedanklich zwischen den drei Themengebieten Demokratie, Wissenschaft und Wirtschaft hin- und herspringen müssen, haben wir alle Fragen zum jeweiligen Themenkomplex gebündelt abgefragt. Die konkreten Fragen zur Vermittlung demokratischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Kompetenzen wurden also nicht direkt hintereinander abgefragt (wie grafisch dargestellt), sondern zeitlich getrennt voneinander. Dass die Zustimmungsraten zur Vermittlung aller drei Kompetenzbereiche nahezu identisch ausfallen, ist also nicht auf die Anordnung der Fragen in der Befragung zurückzuführen.

Abb. 7

Welche Kompetenzen sind für die Zukunft der Gesellschaft wichtig?

Deutsche messen gesellschaftlichen Kompetenzen große Bedeutung bei



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Zukunft der Gesellschaft, dass folgende Kompetenzen an Schüler*innen vermittelt werden?

Kategorien: Lese- und Schreibkompetenzen; Mathematische Kompetenzen; Demokratische Kompetenzen (z.B. Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, Toleranz gegenüber anderen Meinungen oder Wissen über demokratische Institutionen); Wissenschaftliche Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können); Wirtschaftliche Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln); Digital- und Medienkompetenzen (z.B. Umgang mit digitalen Geräten, Grundkenntnisse im Programmieren, Umgang mit sozialen Medien).

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu wissenschaftlichen Kompetenzen (der Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) zu?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

ein eigenständiges verpflichtendes Unterrichtsfach zur politischen Bildung eingeführt, im Rahmen dessen vor allem demokratische Kompetenzen gelehrt werden (vgl. Aktionsrat Bildung 2020). Wissenschaftliche Kompetenzen werden hingegen vor allem fächerübergreifend in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) unterrichtet (vgl. Wiesbeck et al. 2019). Zur Vermittlung wirtschaftlicher Kompetenzen haben einige Bundesländer (z.B. Bayern oder Baden-Württemberg) ein eigenständiges Unterrichtsfach eingeführt, während andere Bundesländer wirtschaftliche Inhalte als festen Bestandteil bereits bestehender Unterrichtsfächer integriert haben.

Auf die Frage, wie gesellschaftliche Kompetenzen an verschiedenen Bildungseinrichtungen unterrichtet werden sollten, sind die Deutschen mehrheitlich dafür, dass demokratische und wissenschaftliche Kompetenzen als fester Bestandteil bestehender Fächer unterrichtet werden (54–58% dafür bzw. 48–55% dafür; vgl. Abb. 8). Gespaltener ist die Meinung in Bezug auf die Vermittlung wirtschaftlicher Kompetenzen. Während sich eine relative Mehrheit der Befragten (42%) für die Vermittlung wirtschaftlicher Kompetenzen im Rahmen bestehender Fächer an Grundschulen ausspricht, ist die Meinung in Bezug auf die Vermittlung von wirtschaftlichen Kompetenzen an Gymnasien, anderen weiterführenden Schulen und Berufsschulen geteilt.

Neben der allgemeinen Einschätzung der Deutschen zum Unterrichten gesellschaftlicher Kompetenzen hat das ifo Bildungsbarometer 2021 auch das Meinungsbild zu konkreten Zielen des Politikunterrichts erhoben. Als wichtigste Ziele des Politikunterrichts sehen die Befragten mehrheitlich die Vermittlung von Wissen über politische Systeme (62%), Toleranz gegenüber anderen Meinungen (60%) sowie Wissen über demokratische Institutionen (59%; vgl. Abb. 9). Akzeptanz von demokratischen Entscheidungen, Prävention von Extremismus und Radikalisierung sowie Förderung von politischem Engagement werden immerhin von 40% bis 43% der Deutschen als wichtiges Ziel angesehen.

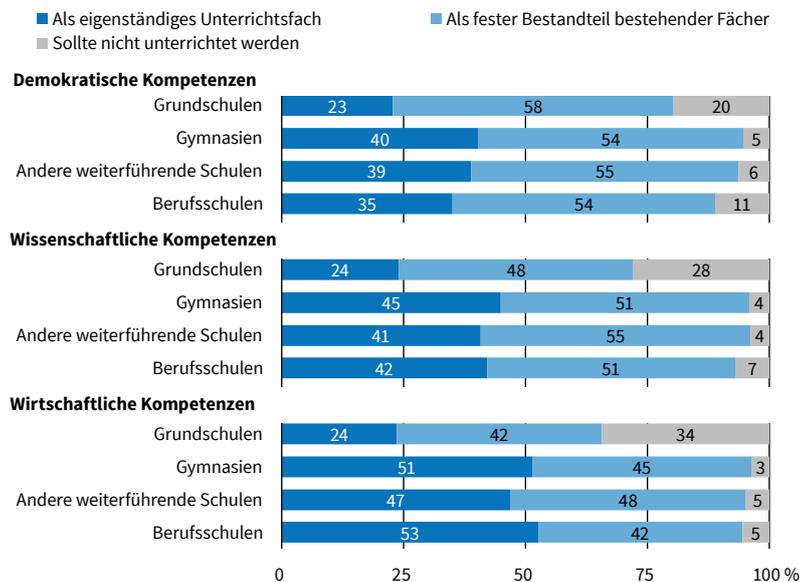
In Bezug auf konkrete bildungspolitische Maßnahmen zur Förderung gesellschaftlicher Kompetenzen sind breite Mehrheiten von 62% bis 82% sehr oder eher dafür, politische Medienkompetenzen als festen Bestandteil des Unterrichts an Grundschulen, weiterführenden Schulen und Berufsschulen zu verankern (vgl. Abb. 10). Für den Vorschlag, wissenschaftliche Kompetenzen als festen Bestandteil in die Lehrpläne von allgemeinbildenden Schulen zu integrieren, sprechen sich 78% der Befragten aus, nur 10% sind dagegen.

Auch praxisnahe Initiativen zur Vermittlung von gesellschaftlichen Kompetenzen finden große Zustimmung: 72% der Befragten sind dafür, an den Schulen verpflichtend regelmäßig Veranstaltungen mit Wissenschaftler*innen abzuhalten, um Schüler*innen wissenschaftliche Arbeit aus erster Hand näherzubringen.

Abb. 8

Wie sollten gesellschaftliche Kompetenzen unterrichtet werden?

Knappe Mehrheiten für Vermittlung demokratischer und wissenschaftlicher Kompetenzen als Bestandteil bestehender Fächer



Fragen (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Wie sollten demokratische Kompetenzen (z.B. Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, Toleranz gegenüber anderen Meinungen oder Wissen über demokratische Institutionen und Grundprinzipien) [wissenschaftliche Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) / wirtschaftliche Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln)] Ihrer Meinung nach an den folgenden Bildungseinrichtungen unterrichtet werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

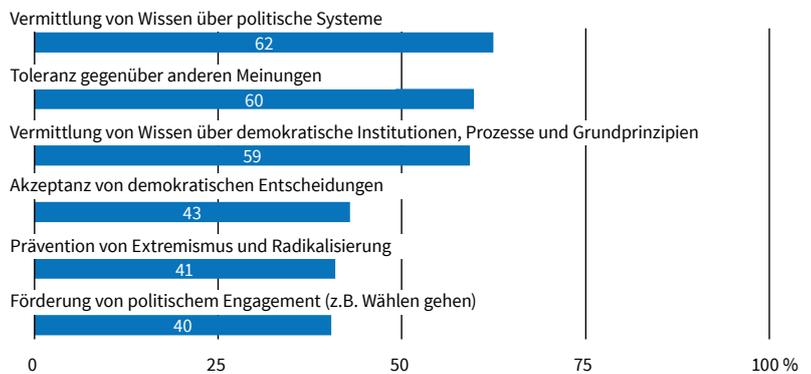
Schließlich sprechen sich 78% dafür aus, dass alle Schüler*innen an deutschlandweiten Aktionstagen teilnehmen, die während der regulären Unterrichtszeit wirtschaftliche Kompetenzen vermitteln. Bei solchen Aktionstagen können Schüler*innen beispielsweise spielerisch lernen, wie unternehmerische Prozesse funktionieren oder wie man Investitionsentscheidungen trifft.

Insgesamt zeigt sich also, dass die Deutschen der Vermittlung demokratischer, wissenschaftlicher

Abb. 9

Was sind für die Deutschen die wichtigsten Ziele des Politikunterrichts?

Vermittlung von Wissen über politische Systeme und demokratische Grundprinzipien sowie Toleranz gegenüber anderen Meinungen als primäre Ziele angesehen



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ziele des Politikunterrichts in der Schule? (Mehrfachnennung möglich).

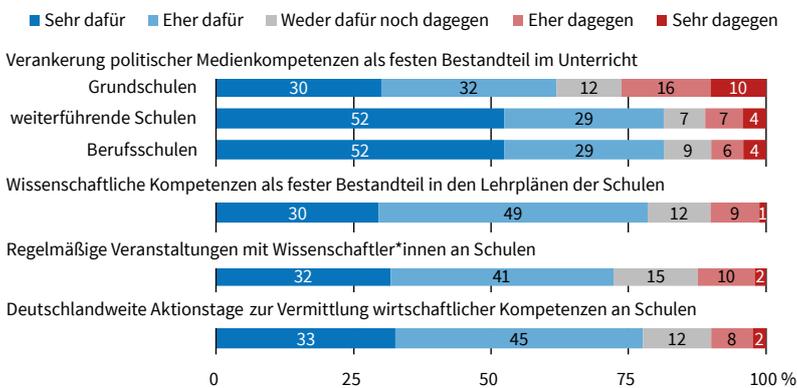
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

Abb. 10

Welche konkreten Maßnahmen zur Vermittlung gesellschaftlicher Kompetenzen befürworten die Deutschen?

Mehrheiten für politische Medienkompetenz als festen Unterrichtsbestandteil und praxisorientierte Aktionstage zu Wissenschaft und Wirtschaft



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie dafür oder dagegen, dass politische Medienkompetenzen (wie die Überprüfung der Glaubwürdigkeit von politischen Online-Informationen oder das Erkennen von »Fake News«) als fester Bestandteil im Unterricht an folgenden Schularten verankert werden?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie dafür oder dagegen, dass wissenschaftliche Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) als fester Bestandteil in den Lehrplänen von allgemeinbildenden Schulen verankert werden?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie für oder gegen folgenden Reformvorschlag? Allgemeinbildende Schulen werden dazu verpflichtet, regelmäßige Veranstaltungen mit Wissenschaftler*innen abzuhalten, um Schüler*innen wissenschaftliche Arbeit aus erster Hand näherzubringen. Die Kosten dafür werden vom Staat übernommen.

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Schüler*innen an deutschlandweiten Aktionstagen teilnehmen, die während der regulären Unterrichtszeit wirtschaftliche Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln) vermitteln? Bei solchen Aktionstagen können Schüler*innen beispielsweise spielerisch lernen, wie unternehmerische Prozesse funktionieren oder wie man Investitionsentscheidungen trifft.

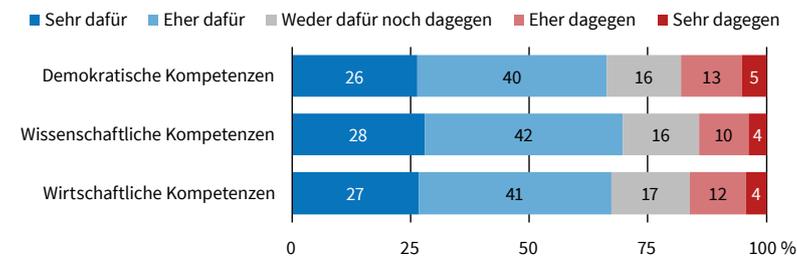
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021. © ifo Institut

und wirtschaftlicher Kompetenzen im Bildungssystem sehr positiv gegenüberstehen. Bemerkenswert ist die hohe Zustimmung zur Vermittlung gesellschaftlicher Kompetenzen auch deshalb, weil wir in manchen Fragetexten explizit die Kosten der jeweiligen Maßnahme ansprechen. Im Einklang damit finden sich auch große Mehrheiten für die Einführung einer zusätzlichen Stunde Politikunterricht ab der

Abb. 11

Sollten gesellschaftliche Kompetenzen mit einheitlichen Vergleichstests überprüft werden?

Große Zustimmung zu deutschlandweit einheitlichen Schülertests in allen drei Kompetenzbereichen



Fragen (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Sind Sie dafür oder dagegen, dass deutschlandweit einheitliche Schülervergleichstests eingeführt werden, die alle zwei Jahre die demokratischen Kompetenzen (z.B. Akzeptanz von demokratischen Entscheidungen, Toleranz gegenüber anderen Meinungen oder Wissen über demokratische Institutionen und Grundprinzipien) [die wissenschaftlichen Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) / die wirtschaftlichen Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln)] aller Schüler*innen in allgemeinbildenden Schulen überprüfen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021. © ifo Institut

neunten Klasse, wenn dafür explizit die Alternative angesprochen wird: eine Stunde Religionsunterricht (63% dafür), Deutschunterricht (55% dafür) oder Mathematikunterricht (51% dafür) streichen bzw. die wöchentliche Anzahl an Unterrichtsstunden erhöhen (61% dafür).

Wie sollten gesellschaftliche Kompetenzen überprüft werden?

Regelmäßige einheitliche Vergleichstests spielen eine wichtige Rolle, um die Kompetenzentwicklung von Schüler*innen zu überprüfen. Während andere Länder (z.B. USA) im Rahmen solcher Vergleichstests gesellschaftliche Kompetenzen erfassen (v.a. demokratische und zivilgesellschaftliche Kompetenzen, vgl. Aktionsrat Bildung 2020), gibt es derartige Bestrebungen hierzulande kaum. An der internationalen Studie zur politischen und zivilgesellschaftlichen Bildung (ICCS), an der 2016 Achtklässler*innen aus 24 OECD-Ländern teilgenommen haben, haben in Deutschland lediglich Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen teilgenommen.

Eine große Mehrheit der Befragten (66%) spricht sich dafür aus, dass deutschlandweit einheitliche Schülervergleichstests eingeführt werden, die alle zwei Jahre die demokratischen Kompetenzen aller Schüler*innen an allgemeinbildenden Schulen überprüfen (vgl. Abb. 11). Ähnlich große Mehrheiten finden sich auch für die Einführung einheitlicher Vergleichstests zur Überprüfung wissenschaftlicher Kompetenzen (70% dafür) und wirtschaftlicher Kompetenzen (67% dafür). Nur 14% bis 18% sind gegen das regelmäßige Testen dieser gesellschaftlichen Kompetenzen.

Neben der Einführung von Schülerleistungstests kann die Überprüfbarkeit von gesellschaftlichen Kompetenzen auch dadurch verbessert werden, dass sie in bestehenden Abschlussprüfungen abgefragt werden. Breite Mehrheiten von 76% bis 80% sind sehr oder eher dafür, dass Wissen über demokratische Institutionen und Grundprinzipien der Demokratie im Haupt- und Realschulabschluss sowie im Abitur verpflichtend abgefragt werden, nur 9% bis 12% sind sehr oder eher dagegen (vgl. Abb. 12). Ebenso befürworten Mehrheiten die verpflichtende Überprüfung wissenschaftlicher Kompetenzen im Hauptschulabschluss (63% dafür), Realschulabschluss (74% dafür) und im Abitur (78%). Ähnlich hohe Zustimmungsraten von 67–80% finden sich auch für die Überprüfung von Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln im Rahmen dieser Abschlussprüfungen.

Eine wichtige Voraussetzung zur Qualitätssicherung und -überprüfung bildet die Formulierung einheitlicher Bildungsstandards, die festlegen, welche Lernziele die Schüler*innen in den jeweiligen Kompetenzbereichen erreichen müssen. Zwar bestimmen bisher in einigen Bundesländern spezifische Rahmen-

lehrpläne die Ziele für die Entwicklung gesellschaftlicher Kompetenzen, allerdings gibt es keine länderübergreifenden Bildungsstandards für den politischen oder wirtschaftlichen Fachunterricht (vgl. Aktionsrat Bildung 2020). Demgegenüber befürworten überwältigende Mehrheiten von 75% bzw. 76% die Einführung bundesweit einheitlicher Bildungsstandards für demokratische bzw. wissenschaftliche Kompetenzen, die für jeden allgemeinbildenden Schulabschluss festlegen, welche Fähigkeiten die Schüler*innen erreichen müssen (vgl. Abb. 13). Die hohen Zustimmungsraten bleiben nahezu unverändert, wenn die Reformvorschläge zur Einführung einheitlicher Bildungsstandards zusätzlich die Durchführung einheitlicher Vergleichstests für alle Schüler*innen beinhalten, die überprüfen sollen, ob die Lernziele tatsächlich erreicht wurden.

Welche Rolle spielen Lehrkräfte in der Vermittlung gesellschaftlicher Kompetenzen?

Entsprechend geschulte Lehrkräfte sind eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Vermittlung von gesellschaftlichen Kompetenzen an Schulen. Die Einschätzung der Befragten darüber, ob die Lehrer*innen in dieser Hinsicht ausreichend ausgebildet sind, ist gespalten. Während die meisten Befragten denken, dass Lehrer*innen in den Kernkompetenzbereichen Lesen, Schreiben und Mathematik gut ausgebildet sind, stimmen nur etwa die Hälfte (55%, 53% bzw. 48%) den Aussagen sehr oder eher zu, dass Lehrkräfte für die Vermittlung von demokratischen, wissenschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Kompetenzen ausreichend ausgebildet wurden (vgl. Abb. 14). Jeweils 31%, 33% bzw. 40% stimmen diesen Aussagen nicht zu. Noch pessimistischer ist die Einschätzung über die Lehrerausbildung im Bereich Digital- und Medienkompetenzen, in dem nur 43% der Befragten eine ausreichende Ausbildung attestieren.

Dementsprechend stoßen Reformvorschläge zur Einführung einer entsprechenden Weiterbildungspflicht für Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen auf große Zustimmung. 74% der Befragten sind für die Einführung verpflichtender jährlicher Fortbildungen zur Vermittlung demokratischer Kompetenzen, 73% zur Prävention von Extremismus und Radikalisierung und 75% zur Vermittlung wissenschaftlicher Kompetenzen (vgl. Abb. 15).⁵ Nur 12% bis 15% sind (sehr oder eher) dagegen.

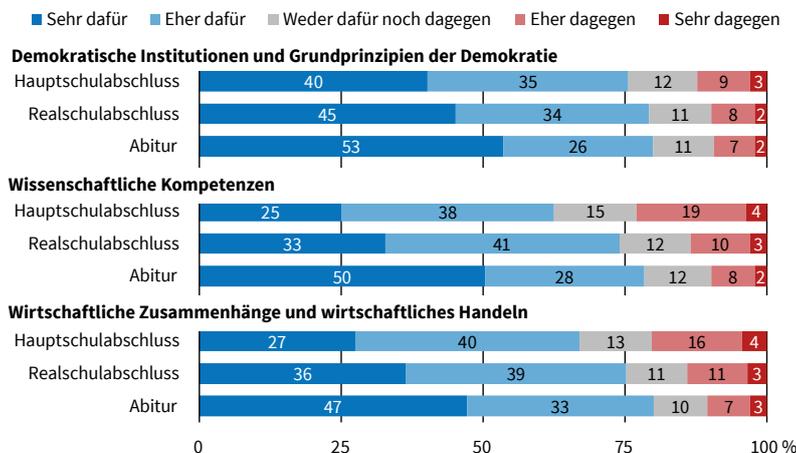
Ähnlich hoch sind die Zustimmungsraten zum Vorschlag, gesellschaftliche Kompetenzen in das Lehramtsstudium einzubinden. Konkret befürworten 74% der Befragten, dass die Vermittlung von wissenschaftlichen Kompetenzen als verpflichtender Bestandteil in das Lehramtsstudium aller Fächer integriert wird (vgl. Abb. 16). Zudem sprechen sich 78% der Befragten sehr oder eher dafür aus, dass

⁵ Die Zustimmungsraten zu einer Fortbildungspflicht für Lehrkräfte an Berufsschulen sind nahezu identisch.

Abb. 12

Sollten gesellschaftliche Kompetenzen in Abschlussprüfungen verpflichtend abgefragt werden?

Große Zustimmung bei Abschlussprüfungen aller weiterführenden Schularten



Fragen (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass Wissen über demokratische Institutionen und Grundprinzipien der Demokratie [wissenschaftliche Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) / Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln] bei folgenden Abschlussprüfungen verpflichtend abgefragt wird?

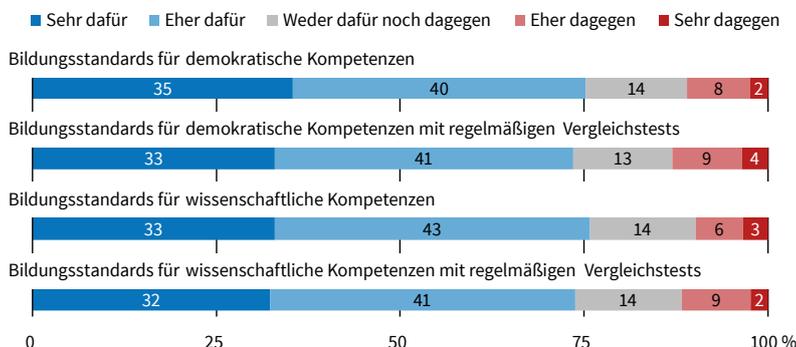
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

Abb. 13

Sollten bundesweit einheitliche Bildungsstandards für demokratische und wissenschaftliche Kompetenzen eingeführt werden?

Drei Viertel der Deutschen für einheitliche Bildungsstandards, auch mit Vergleichstests



Frage 1 [2] (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie für oder gegen folgenden Reformvorschlag? Es werden bundesweit einheitliche Lernziele (»Bildungsstandards«) für politische Bildung eingeführt. Die Bildungsstandards legen für jeden allgemeinbildenden Schulabschluss fest, welches Wissen über demokratische Institutionen, Prozesse und Grundprinzipien der Demokratie die Schüler*innen erreichen müssen. [Mithilfe von einheitlichen Vergleichstests für alle Schüler*innen wird überprüft, ob diese Lernziele erreicht werden.]

Frage 3 [4] (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie für oder gegen folgenden Reformvorschlag? Es werden bundesweit einheitliche Lernziele (»Bildungsstandards«) für wissenschaftliche Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) eingeführt. Die Bildungsstandards legen für jeden allgemeinbildenden Schulabschluss fest, welche wissenschaftlichen Kompetenzen die Schüler*innen erreichen müssen. [Mithilfe von einheitlichen Vergleichstests für alle Schüler*innen wird überprüft, ob diese Lernziele erreicht werden.]

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

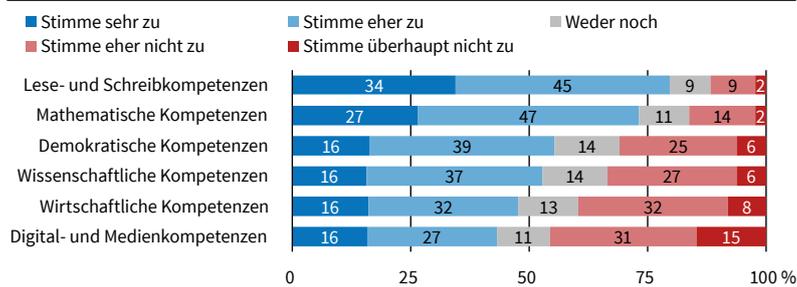
© ifo Institut

die Vermittlung von wirtschaftlichen Kompetenzen als verpflichtender Bestandteil für Lehramtsstudierende der Sozialwissenschaften (z.B. Politik, Sozialkunde, Erdkunde) eingeführt wird. In manchen Bundesländern besteht außerdem die Möglichkeit, dass Lehramtsstudierende Wirtschaftswissenschaften als eigenständiges Fach studieren, während dies in anderen Bundesländern nicht möglich ist. Auch hier

Abb. 14

Wie gut sind Lehrkräfte nach Meinung der Deutschen für die Vermittlung verschiedener Kompetenzen ausgebildet?

Gespaltenes Bild bei gesellschaftlichen Kompetenzen, vor allem bei Digital- und Medienkompetenzen



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen sind für die Vermittlung folgender Kompetenzen ausreichend ausgebildet.

Kategorien: Lese- und Schreibkompetenzen; Mathematische Kompetenzen; Demokratische Kompetenzen (z.B. Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, Toleranz gegenüber anderen Meinungen oder Wissen über demokratische Institutionen); Wissenschaftliche Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können); Wirtschaftliche Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln); Digital- und Medienkompetenzen (z.B. Umgang mit digitalen Geräten, Grundkenntnisse im Programmieren, Umgang mit sozialen Medien).

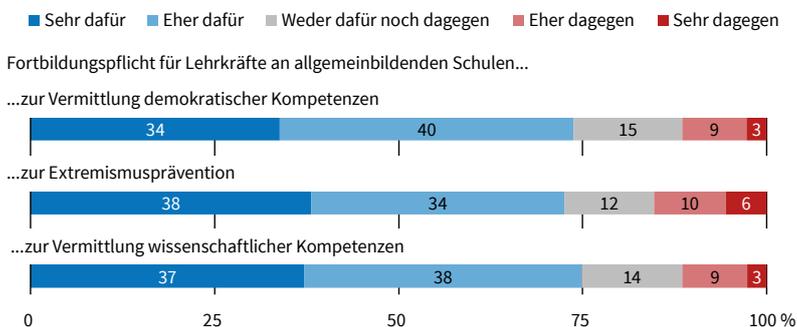
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

Abb. 15

Sollte für Lehrkräfte eine Fortbildungspflicht zu gesellschaftlichen Kompetenzen eingeführt werden?

Große Mehrheiten begrüßen verpflichtende Fortbildungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen



Fragen (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen verpflichtet werden, an jährlichen Fortbildungen zur Vermittlung demokratischer Kompetenzen (z.B. Akzeptanz von demokratischen Entscheidungen, Toleranz gegenüber anderen Meinungen oder Wissen über demokratische Institutionen und Grundprinzipien) [zur Prävention von Extremismus und Radikalisierung (z.B. religiöser Extremismus, Rechts - bzw. Linksextremismus) / zur Vermittlung wissenschaftlicher Kompetenzen (der Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können)] teilzunehmen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

findet sich eine breite Zustimmung von 77% dafür, Wirtschaftswissenschaften als eigenständiges Studienfach für Lehramtsstudierende in allen Bundesländern anzubieten.

Sollten gesellschaftliche Kompetenzen in die Erwachsenenbildung integriert werden?

Jenseits der Schulzeit besteht auch in der Erwachsenenbildung die Möglichkeit, gesellschaftliche Kompetenzen durch entsprechende Bildungsangebote zu fördern. An Universitäten könnten etwa Bachelorstudiengänge im Sinne eines »Studium Generale« von

sechs auf acht Semester erweitert werden, um den Studierenden neben fachspezifischem Wissen auch allgemeine Fähigkeiten zu vermitteln (z.B. soziale Kompetenzen, wissenschaftliches Arbeiten oder Allgemeinbildung). Dieser Vorschlag findet in der deutschen Bevölkerung großen Anklang: 59% der Befragten sind sehr oder eher dafür, nur 21% sind dagegen (vgl. Abb. 17).

Auch andere Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung gesellschaftlicher Kompetenzen von Erwachsenen treffen auf breite Zustimmung. Jeweils 66% bzw. 70% der Befragten befürworten eine staatliche Finanzierung freiwilliger Weiterbildungsprogramme für alle Bürger*innen, die das Ziel haben, demokratische bzw. wirtschaftliche Kompetenzen zu stärken, nur 17% bzw. 13% sind dagegen.

Schließlich sprechen sich 67% der Deutschen dafür aus, dass alle Arbeitnehmer*innen einen Anspruch darauf haben, ihre Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren, um an Weiterbildungen zur Förderung wirtschaftlicher Kompetenzen teilzunehmen, wobei der Staat die Kosten der reduzierten Arbeitszeit übernimmt. Nur 17% der Befragten sind gegen diesen Vorschlag.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Corona-Pandemie hat die Gesellschaft und das Bildungssystem in Deutschland seit dem Frühjahr 2020 stark verändert. Um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, wurden Schulen und andere Bildungseinrichtungen mehrfach für viele Wochen geschlossen und mussten auf Homeschooling und Distanzunterricht umstellen. Neben diesen direkten bildungspolitischen Herausforderungen hat die Zeit der Corona-Pandemie zudem auch gesellschaftliche Probleme verstärkt ans Licht gebracht. Die Geschehnisse rund um die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen sowie der Zulauf, den wissenschaftsfeindliche Verschwörungserzählungen während der Pandemie erhalten haben, zeugen in Teilen der Bevölkerung von einem starken Misstrauen gegenüber Demokratie und Wissenschaft.

Um herauszufinden, welche Maßnahmen die Deutschen zur Bewältigung dieser Corona-bedingten Herausforderungen befürworten, haben wir im Mai und Juni 2021 eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe von über 4 000 Erwachsenen in Deutschland befragt. Im ersten Teil des Artikels untersuchen wir die Meinung der Deutschen zu bildungspolitischen Maßnahmen während der Coronakrise. Die Deutschen sprechen sich mehrheitlich für verpflichtenden Online-Unterricht im Falle von erneuten Schulschließungen sowie für eine Fortbildungspflicht für Lehrkräfte zum Thema Online-Unterricht aus (74% bzw. 81%). Entgegen der föderalen Struktur des deutschen Bildungssystems wünscht sich zudem eine Mehrheit der Befragten bundesweit einheitliche Entscheidungen während der Coronakrise sowie deutschlandweit ein-

heitlichen Start und Ende der Schulschließungen (je 66% und 63%).

Zudem scheint unter den Deutschen gerade im Zuge der Coronakrise ein besonderes Problembewusstsein gegenüber der Bildungsungleichheit zu herrschen. Deutliche Mehrheiten sprechen sich für eine intensivere Betreuung von benachteiligten Schüler*innen, wie beispielsweise Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen, während der Schulschließungen aus (83%). Außerdem fällt die Bewertung der Politik zum Umgang mit sozial benachteiligten Schüler*innen und deren Eltern insgesamt eher negativ aus: Mehr als der Hälfte der Befragten bewertet dies mit Note 4 oder schlechter.

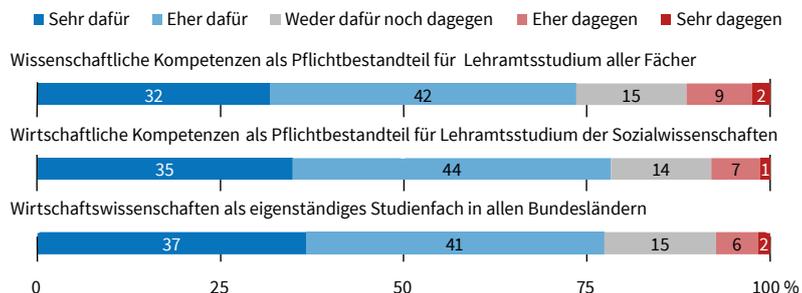
Um Corona-bedingte Lernrückstände aufzufangen, unterstützen drei Viertel (76%) der Befragten das vom Bundesbildungsministerium aufgelegte Nachhilfefprogramm. Verpflichtender Förderunterricht sowie verpflichtende Ferienkurse erhalten vor allem dann mehrheitliche Zustimmung, wenn sie sich an benachteiligte Gruppen wie leistungsschwächere Schüler*innen oder Schulkinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen richten. Die Zustimmung zu Ferienkursen erhöht sich deutlich, wenn diese freiwillig für alle (65% dafür) oder für benachteiligte Schüler*innengruppen (71–74% dafür) angeboten werden. Allerdings zeigt die Bildungsforschung, dass freiwillige Bildungsprogramme vor allem von sozial besser gestellten Gruppen in Anspruch genommen werden, weshalb derartige Förderangebote ihr gleichheitsförderndes Potenzial oft nicht voll entfalten. Zudem sprechen sich die Deutschen mehrheitlich für eine verpflichtende Nutzung digitaler Technologien an Schulen auch nach der Corona-Pandemie aus, worunter beispielsweise die Verwendung von Computern und Tablets im Unterricht und das Angebot von digitalen Sprechstunden fallen.

Im zweiten Teil des Artikels gehen wir der Frage nach, inwiefern das deutsche Bildungssystem grundlegende gesellschaftliche Kompetenzen fördern sollte. Über drei Viertel der deutschen Bevölkerung sind für die Vermittlung von demokratischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kompetenzen an weiterführenden Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. Die hohen Zustimmungsraten können darin begründet liegen, dass ähnlich große Mehrheiten gesellschaftliche Kompetenzen für die Zukunft der Gesellschaft als wichtig erachten.

Zur Überprüfung von demokratischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kompetenzen stimmen 66–70% für bundesweit einheitliche Schülervergleichstests. Klare Mehrheiten gibt es zudem für die Abfrage dieser Kompetenzen in Haupt- und Realschulabschlussprüfungen sowie den Abiturprüfungen. Allerdings denken je 31–43% der Deutschen, dass Lehrkräfte nicht ausreichend zur Lehre demokratischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Kompetenzen sowie Digital- und Medienkompetenzen ausgebildet wurden. Dementsprechend sind 73–75% der Befragten für verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte

Abb. 16

Sollten gesellschaftliche Kompetenzen in das Lehramtsstudium integriert werden?
Hohe Zustimmung zur verpflichtenden Integration wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Kompetenzen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass wissenschaftliche Kompetenzen (die Fähigkeit, sich über wissenschaftliche Ergebnisse informieren und diese einordnen zu können) als verpflichtender Bestandteil in das Lehramtsstudium für alle Fächer integriert werden?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Vermittlung von wirtschaftlichen Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln) als verpflichtender Bestandteil für Lehramtsstudierende der Sozialwissenschaften (z.B. Politik, Sozialkunde, Erdkunde) eingeführt wird?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

In manchen Bundesländern können Lehramtsstudierende Wirtschaftswissenschaften als eigenständiges Fach, wie z.B. Mathematik oder Deutsch, studieren. In anderen Bundesländern ist das nicht möglich. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Wirtschaftswissenschaften als eigenständiges Studienfach für Lehramtsstudierende in allen Bundesländern angeboten werden?

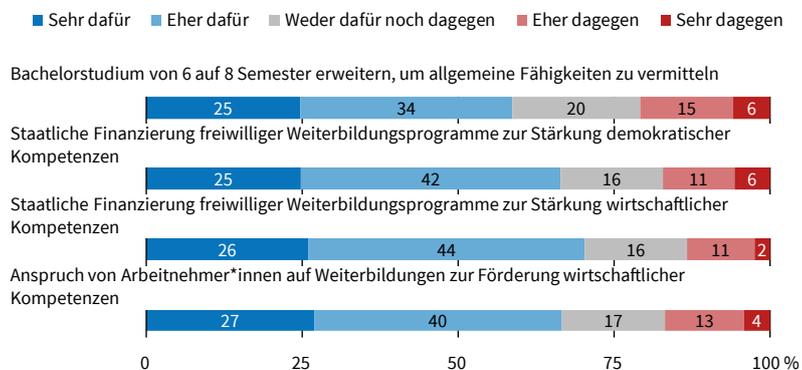
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

Abb. 17

Welche Maßnahmen zur Förderung gesellschaftlicher Kompetenzen in Studium und Erwachsenenbildung befürworten die Deutschen?

Große Mehrheiten für staatliches Weiterbildungsangebot zu demokratischen und wirtschaftlichen Kompetenzen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, Bachelorstudiengänge prinzipiell von derzeit sechs Semestern auf acht Semester zu erweitern, um den Studierenden allgemeine Fähigkeiten zu vermitteln (z.B. soziale Kompetenzen, wissenschaftliches Arbeiten, Allgemeinbildung)?

Frage 2 [3] (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Staat freiwillige Weiterbildungsprogramme für alle Bürger*innen finanziert, die das Ziel haben, demokratische Kompetenzen (z.B. Akzeptanz von demokratischen Entscheidungen, Toleranz gegenüber anderen Meinungen oder Wissen über demokratische Institutionen und Grundprinzipien) [wirtschaftliche Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln)] zu stärken?

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Arbeitnehmer*innen einen Anspruch darauf haben, ihre Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren, um an Weiterbildungen zur Förderung wirtschaftlicher Kompetenzen (z.B. das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftliches Handeln) teilzunehmen, wobei der Staat die Kosten der reduzierten Arbeitszeit übernimmt?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

zu verschiedenen gesellschaftlichen Kompetenzen. Auch Weiterbildungsmaßnahmen für die Förderung gesellschaftlicher Kompetenzen unter Erwachsenen werden mehrheitlich unterstützt. Insgesamt sprechen die Deutschen dem Bildungssystem damit eine be-

deutende Rolle in der Vermittlung gesellschaftlicher Kompetenzen zu und stehen verschiedenen bildungspolitischen Maßnahmen zu deren Förderung positiv gegenüber.

LITERATUR

Aktionsrat Bildung (2020), *Bildung zu demokratischer Kompetenz*, Waxmann, Münster.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2021), »Neuer Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates«, verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html>, aufgerufen am 14. Juli 2021.

Eichengreen, B., C. G. Akosy und O. Saka (2021), »Revenge of the Experts: Will Covid-19 Renew or Diminish Public Trust in Science?«, *Journal of Public Economics* 193, 104343.

Engzell, P., A. Frey und M. D. Verhagen (2021), »Learning Loss Due to School Closures During the Covid-19 Pandemic«, *Proceedings of the National Academy of Sciences* 118 (17), e2022376118.

Grewenig, E., P. Lergetporer, K. Werner, L. Wößmann und L. Zierow (2020), »Covid-19 and Educational Inequality: How School Closures Affect Low- and High-Achieving Students«, CESifo Working Paper 8648, CESifo, München.

Heckman, J. und R. Landersø (2021), »Lessons from Denmark about Inequality and Social Mobility«, NBER Working Paper 28543, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

Krause, L. K., J. Gagné und G. Höltmann (2020), *Vertrauen, Demokratie, Zusammenhalt: Wie unterschiedlich Menschen in Deutschland die Corona-Pandemie erleben*, verfügbar unter: https://www.moreincommon.de/media/a1hjp1zz/more-in-common_studie-corona-zusammenhalt.pdf, aufgerufen am 14. Juli 2021.

Wehrkamp, R. (2020), *Spaltet Corona die Gesellschaft? – Wie Demokratie sich in Zeiten von Corona bewähren kann. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Wiesenbeck, A. B., A. Hetmanek und die CHU Research Group (2019), »Lassen sich wissenschaftliche Kompetenzen im Unterricht fördern?«, Kurzreview 20, verfügbar unter: www.clearinghouse-unterricht.de.

Wissenschaft im Dialog (Hrsg.) (2020), *Wissenschaftsbarometer 2020*, WiD, Berlin.

Wößmann, L., V. Freundl, P. Lergetporer, E. Grewenig, und K. Werner (2020b), »Deutsche sind für mehr Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit im Bildungssystem – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2020«, *ifo Schnelldienst* 73(9), 40–48.

Wößmann, L., V. Freundl, P. Lergetporer, E. Grewenig, K. Werner und L. Zierow (2020a), »Bildung in der Coronakrise: Wie haben Schulkinder die Zeit der Schulschließungen verbracht, und welche Bildungsmaßnahmen befürworten die Deutschen?«, *ifo Schnelldienst* 73(9), 25–39.

Wößmann, L., V. Freundl, P. Lergetporer, E. Grewenig, K. Werner und L. Zierow (2021), »Bildung erneut im Lockdown: Wie verbrachten Schulkinder die Schulschließungen Anfang 2021?«, *ifo Schnelldienst* 74(5), 36–52.

Wößmann, L., F. Kugler, P. Lergetporer und K. Werner (2014), »Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers«, *ifo Schnelldienst* 67(18), 16–33.

Wößmann, L., F. Kugler, P. Lergetporer und K. Werner (2016), »Denken Lehrkräfte anders über die Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 19–34.